

Kamenener Zeitung

Vollstreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Beizwilige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der auflegenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Kurs und Gewinn“. (Abdruck der Kriegsberichte.) Monatlicher Bezugspreis 1.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Berlin der Kamenener Zeitung, G. m. b. H., in Kamen, Westf. 19. Fernspr. Nr. 1.

Nr. 239

Freitag, den 11. Oktober 1918

46. Jahrgang

Einigkeit zwischen Kriegskabinetts u. Seeresleitung über die Beantwortung der Wilson-Note.

(H) Das sogenannte Kriegskabinetts der neuen Regierung, bestehend aus Reichskanzler, Vizekanzler und den Staatssekretären ohne Portefeuille, hat schon auf Grund des zuerst vorliegenden, noch nicht authentischen Textes der Wilson-Note die sich für die deutsche Politik ergebende Lage durchgesprochen und ist nach Verhandlungen mit der Obersten Seeresleitung zu einer prinzipiellen Einigung über die Antwort gekommen. Die endgültige Fassung derselben muß bis nach Prüfung des ganzen Wortlautes der Wilson-Note verlagert werden. Nachdem der amtliche Text laut „Nordd. Allg. Ztg.“ gestern in den späten Abendstunden der deutschen Regierung übermittelt wurde, dürfte die letzte Redaktion der Antwort nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Eine französische Note zu Wilsons Antwort.

(W) Eine Note der Agence Havas sagt: Präsident Wilson hat die deutschen Vorschläge in der Weise angenommen, wie man sie von seinem großen Ehrgeiz erwarten konnte, indem er die deutschen Regierung Aufklärung über Bedingungen und Tragweite ihres Angebotes erteilte. Auf diese Weise wird keine Zweideutigkeit die Lösung des gegenwärtigen Konfliktes hindern. Die Alliierten werden es sein, die sich darüber nicht beklagen werden. Ohne irgendwelche der endgültigen Antwort Wilsons voraussetzungen, gestattete doch eine Prüfung der Note Lansing, sich schon jetzt ein Bild von seinen begründeten Erwartungen zu machen. Deutschland wird zuerst kategorisch erklären müssen, ob es unüberwindlich und ohne Einschränkungen die aufgestellten Bedingungen annimmt. Tatsächlich haben sich die Mittelmächte darauf beschränkt, zu erklären, daß sie die Bedingungen annehmen, aber nur als Grundlage für eine Erweiterung. Im Reichstag gab Prinz Max von Baden in seiner Rede die klare Erklärung, daß die deutsche Regierung die Bedingungen nicht annehmen wird. Man versteht daher den Zweifel, den Wilson beifolgt. Es ist kaum wahrscheinlich, unter dem Eindruck der Ereignisse, daß der Kanzler jetzt vorbehaltlos dem Washingtoner Friedensprogramm zustimmt. Selbst wenn er es tut, welches Vertrauen könnte man ihm in die Zukunft gewähren, da er im Laufe von wenigen Tagen seine Ansicht über eine Hauptfrage in so offener Weise geändert hat? Andererseits muß man wissen, ob die Vorschläge im Namen der Reichsbehörden gemacht worden sind, die bisher den Krieg führten. Der Reichskanzler gibt sich wohl Mühe, die Regierung, an deren Spitze er steht, als aus dem Volk und dem Reichstag hervorgegangen hinzustellen. In diese Verarmung aber berechnen, im Namen der deutschen Demokratie zu sprechen? Der Reichstag hat ohne Vorbehalt dem Angriff von 1914 zugestimmt und ebenso allen alldeutschen Maßnahmen des Generalstabes. Er hat die Verträge von Versailles und Brest-Litowsk ratifiziert. Prinz Max von Baden selbst hat in einem Schreiben an die Prinzen von Hohenzollern einen Maßstab für die Verantwortlichkeit seiner politischen Absichten gegeben. In Wahrheit erscheint der Reichstag als ein Werkzeug, das die Regierung nur wie eine Marionette auf der Bühne des Volkes an der Regierung, die den Krieg hat, die wirklich verantwortlichen Urheber des Krieges, der Verantwortung zu entziehen. Schließlich spricht dieser Satz in so glücklicher Weise die Gedanken Wilsons aus: Wenn die Bedingungen, rückhaltlos Zustimmung zum amerikanischen Friedensprogramm, Neuorientierung der deutschen Politik, sofortige Rückkehr der besetzten Gebiete von der kaiserlichen Regierung angenommen werden, so wird der Reichstag nicht nur die facto eintreten. Präsident Wilson wird vielmehr dann erst dann, in der Lage zu sein, eine Einstellung der Feindseligkeiten den Völkern der Entente vorzuschlagen, die dann die Vorschläge bekräftigen müssen, welche sie von den Feinden fordern wollen, bevor sie die Waffen niederlegen. Deutschland hat jetzt das Wort.

Deutsche Zeitungsstimmen zur französischen Note.

(H) Zur neuesten Havasnote heißt es in der Berliner Morgenpost: Trotz aller

Lebenswürdigkeiten, mit der diese Note den Präsidenten Wilson zu umschmeicheln sucht, ist der letzte Versuch Clemenceaus, den amerikanischen Präsidenten vor den französischen Wagen zu spannen, unerkennbar. — Der Vorwärts schreibt: Die französische Note macht stark den Eindruck, als ob ihren Urhebern die deutsche Friedensaktion und Wilsons Haltung ihr gegenüber höchst unangelegentlich käme. Aus ihr spricht der Geist der alten starren Unversöhnlichkeit, die sich von Wilsons ruhiger Art scharf abhebt. Würde die französische Regierung darauf ausgehen, den Frieden zu bereiten, so hat die französische Sozialdemokratie als nächste das Wort. Sie hat uns deutschen Sozialdemokraten oft vorgeworfen, daß wir den Kampf gegen den Imperialismus nicht scharf genug führten. Nach so vieler Belehrung wären wir auf ihr tätiges Beispiel zu warten berechtigt.

Konservative Warnung vor Annahme der Bedingungen.

(TU) Die konservative Fraktion des Reichstages hat gestern durch ihren Vorstand dem Herrn Reichskanzler ihre schweren Bedenken gegen eine Annahme der Antwort des Präsidenten Wilson ausgesprochen.

Eine auffallende Tatsache.

(TU) An der Note Lansing's fällt zunächst auf, daß sie bloß an Deutschland gerichtet ist. Die tatsächlichen Gründe des Vorgehens Wilsons gegenüber Österreich-Ungarn lassen sich im Augenblick nicht genau überblicken, weil dazu die sachlichen Grundlagen fehlen. Man bemerkt in Wien nur, man glaube keinen Anlaß zu Besorgnissen zu haben, trifft jedoch alle entsprechenden Vorkehrungen.

Das Zustandekommen der Wilsonschen Antwort.

(TU) Die „Neue Zürcher Ztg.“ teilt über das Zustandekommen der Antwort Wilsons mit: Die englische Regierung verhielt sich im Gegensatz zur französischen und amerikanischen Öffentlichkeit abwartend. Allgemein war gegenüber Deutschland in den Entente-Ländern und Amerika Mißtrauen vorherrschend. Dennoch wagten die Regierungen nicht, die deutsche Antwort abzulehnen. Sie wollten aber den Zentralmächten die Verhandlungen auf keinen Fall erleichtern. So kam als Ergebnis ihrer Beratungen Wilsons Antwort zustande, die die Verbündeten zu nichts verpflichtet und, ohne der deutschen Regierung ein weiteres Wort unmöglich zu machen, sie diplomatisch zu umfassen sucht.

Entente-Einigkeit zur Wilsonnote.

(W) Reuter erfährt, daß der Regierung der Text der Antwort Wilsons zugegangen ist. Von berufener Stelle wird festgestellt, daß alle Alliierten bezüglich der Angelegenheit vollständig übereinstimmen. Die „Times“ schreibt: Die Völker der Alliierten werden Wilsons Antwort vernünftig und fest finden. Die Note ist außerordentlich befriedigend, da sie sicher stellt, daß kein feindseliges Mandat der militärischen Stellung der Alliierten schwächen wird.

Die Liberalen Englands und der Friede.

(H) „Daily Telegraph“ meldet: Die Beratungen der Unterhausparteien der letzten Tage haben der deutschen Friedensnote gegolten. Die Vorbehalte der Liberalen gehen dahin, daß der Friede nicht länger hinausgeschoben werden soll, wenn er ehrenvoll für Deutschland sei und den Gedanken eines Völkerbundes zur sicheren Durchführung bringe.

Clemenceaus Friedenshoffnung.

(H) Der „Temps“ meldet, daß Clemenceau sich am letzten Montag in Solifons hoffnungsfreudig für einen nicht mehr fernem Frieden aussprach. Obwohl der Ministerpräsident jede Verhinderung der feindlichen Friedensvorschläge an Wilson vermißt, entnahm seine Zuhörer seinen Worten jedoch, daß der Ministerpräsident von einem nahen Abschluß der blutigen Opfer Frankreichs überzeugt sei.

Zum Programm des Prinzen Max.

(W) „Berlinsche Abend“ meldet aus Stockholm: In „Sozialdemokraten“ erklärt Branding, daß das Programm des Prinzen Max hinsichtlich Elsaß-Lothringen die Alliierten kaum befriedigen könne und führt weiter aus: Wir können hinzufügen, daß es auch eine nord-schleswigsche Frage gibt, die durch

aus gleichgültig für die Machtstellung Deutschlands ist, aber nicht vergessen werden kann und daß Deutschland beansprucht, als Rechtsstaat angesehen zu werden. Leider habe Wilson sie nicht in seinen 14 Punkten genannt, aber diese Wiederherstellung des Rechts gegenüber den kleinen schwachen Nationen liegt vollkommen innerhalb der Richtlinien des Programms. — „Dagens Nyheter“ erklärt hierzu: Der sozialistische Abvokat der Entente wirft dem Prinzen Max vor, daß er kein annehmbares Gebot wegen Elsaß-Lothringen machte und die nord-schleswigsche Frage nicht berührt habe. Das letztere namentlich ist leicht zu verstehen, da diese Frage in Wilsons Erklärungen nicht erwähnt worden ist. Branding hat genug Geschichtskennntnisse, um zu wissen, daß Elsaß-Lothringen tatsächlich ferndeutsches Land mit alemannischer Bevölkerung ist. Er weiß auch, wie es seiner Zeit Deutschland geraubt wurde. Man weiß nicht, ob die Elsaß-Lothringische Bevölkerung seine Zugehörigkeit zu Frankreich der Autonomie innerhalb des Deutschen Reiches vorzieht.

Die künftige Neugestaltung Österreichs.

(TU) Der Alerbaumminister, Graf Silva Tarouca, hat, wie verlautet, ein Programm für die künftige Neugestaltung Österreichs ausgearbeitet, das auf dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen fußt und für dessen Durchführung ein aus Vertretern sämtlicher Nationen zusammengefaßtes Koalitionsministerium zu sorgen hätte.

(TU) Herr v. Haffner hat gestern die Parteiführer ersucht, sie möchten sich in den nächsten Tagen in Wien aufhalten, da Verhandlungen zum Kaiser zu erwarten seien. Der Ministerpräsident hat ferner mit einer Reihe von Parteiführern im Laufe des Vormittags konferiert. Die angeführte Neuorientierung soll in Österreich schon jetzt vorbereitet werden. Es wurde in der letzten Zeit wiederholt darauf hingewiesen, daß Hofrat Lammasch an die Spitze des neuen Kabinetts treten soll. Von jährender deutscher parlamentarischer Seite wird dazu bemerkt, daß ein Kabinettswechsel bei den deutschen Parteien großen Widerstand begegnen würde, weil seine Ansichten über die auswärtige Politik der Monarchie sich mit den Anschauungen der deutschen Parteien nicht in Einklang bringen ließen.

Kabinettswechsel in Österreich.

(TU) Wie die „Post. Ztg.“ bestimmt hört, ist der österreichische Ministerpräsident Dr. von Haffner zur Disposition gestellt. Als sein Nachfolger ist vom Kaiser Hofrat Prof. Lammasch in sichere Aussicht gestellt, wenn nicht schon in dem Augenblick, in dem diese Zeilen erscheinen, die Ernennung vollzogen ist.

Kabinettswechsel auch in Ungarn?

(TU) Einem der „Post. Ztg.“ zugegangenen Bericht zufolge ist in Wien und Budapest das Gerücht im Umlauf, daß das Ministerium Beckery durch ein Kabinettswechsel werden soll, an dessen Spitze Graf Michael Karolyi stehen werde.

Die Wahlreform.

(TU) Wie die „Post. Ztg.“ hört, wird zwischen den Parteien des Abgeordnetenhauses und einflussreichen Kreisen des Herrenhauses über die Möglichkeit einer schleunigen Erhebung der Verfassungsvorlage verhandelt. Als Grundlage dient dabei die Regierungsvorlage, und zwar in ihrer ursprünglichen Form, die das gleiche Wahlrecht ohne jede Zusatzklausel vorsieht. Als einzige Sicherungen sollen die vom Zentrum geforderten konfessionellen Garantien eingefügt werden.

Ein Aufruf der konservativen Partei.

(H) Der weitere Vorstand der deutsch-konservativen Partei hielt im Preussischen Herrenhaus eine von allen deutschen Bundesstaaten und allen preussischen Provinzen äußerst zahlreich besuchte Versammlung ab, die der Besprechung der politischen Lage gewidmet war. Es gelangte einstimmig die folgende Entschließung zur Annahme: „Deutsche Männer und Frauen! Das Vaterland ist in Gefahr! Mit unerhörter Wucht führt feindliche Uebermacht gegen unsere Mauer im Westen. Was unseren Vätern und uns heilig und teuer gewesen ist, steht auf dem Spiel. Preußen, der Staat Friedrichs des Großen, für den unsere Väter im Freiheitskriege gekämpft haben, das Werk der Hohenzollern, das neue Deutschland Wilhelms I. und Bismarcks mit allen seinen Bundesstaaten kann und darf nicht untergehen. Wenn der Präsident Wilson für den Eintritt in Friedensverhandlungen oder bei ihnen Bedingungen stellt, deren Annahme Deutschlands Ehre und Unversehrtheit, unser nationales Leben und die wirtschaftliche Zu-

kunft aller Volksteile vernichten würde, dann muß das deutsche Volk mit Einigkeit seiner äußersten Kraft den Kampf fortsetzen, bis ein ehrenvoller Friede errungen sein wird. Dießem Ziele, diesem einen Gedanken alles unterzuordnen, ist unsere erste und dringende Pflicht. Deshalb wollen und müssen wir, dem Aufruf unseres Kaisers folgend, unser Bestes einbringen, jeden Muskel, jeden Nerv anspannen und in alle Volksteile das Bewußtsein tragen, daß es jetzt um unser Höchstes geht. Von Anfang an ist unsere Partei für die starke Wehr des Vaterlandes eingetreten. Auch in diesem furchtbaren Kriege steht sie voll unerschütterlichen Vertrauens hinter unserem tapferen Heere, fest entschlossen, alles zu tun, was dessen Widerstandsfähigkeit stärken kann. Hierzu gehört, daß wir in der Heimat weiter jedes Opfer willig tragen, daß wir alles zurückschicken, was uns daheim menschlich oder wirtschaftlich trennen könnte. So schwer auch die Bedenken gegenüber der neuen Steuerung unserer innerpolitischen Zustände sein mögen, sie müssen zurücktreten, so lange es gilt, daß das deutsche Volk wie ein Mann im entscheidenden Kampfe zusammensteht. Nichts anderes gibt es jetzt, als den Kopf oben behalten, nicht kleinmütig werden, nicht zweifeln an unserer gewaltigen deutschen Kraft. Jetzt heißt es, dem Kaiser im Himmel vertrauen, der unser Volk auch in diesem Kriege bisher so sichtbarlich beschützt hat und der, wie wir zuversichtlich hoffen, es nicht zulassen wird, daß die unendlichen Opfer für die Wahrung unseres Lebens und unserer nationalen Ehre umsonst gebracht worden seien. Für diese unsere heiligen Güter wollen wir weiter kämpfen, wenn es sein muß, bis zum letzten Mann. Gott schütze Deutschland!“

Die Bezirkskommission der Sozialdemokratischen Partei

für das westliche Westfalen erläßt in einem Aufruf u. a. folgendes: „Die Bezirkskommission der Sozialdemokratie im westlichen Westfalen, die unter Beteiligung der Parteiführer tagte, hat Veranlassung genommen zu der großen politischen Umwälzung in Deutschland und der Aenderung der bisherigen Regierungsweise zur Volksregierung Stellung zu nehmen. Sie begrüßt die Parlamentarisierung der Regierung und die begonnene Demokratisierung Deutschlands und billigt den Eintritt unserer Parteigenossen in die neue Regierung. Durch den unternommenen Friedensschritt, der zum ersten Male jeder Zweideutigkeit entbehrt, hat die Regierung selbst die Grundlage zu dem Vertrauen im Volke gelegt, dessen sie dringend bedarf. Dieses Vertrauen muß noch mehr gefestigt werden durch die schleunige Verwirklichung des angekündigten Programms der inneren Politik. Das gleiche Wahlrecht muß bald zur Tat werden; das Volk erwartet Neuordnung und gründliche Reformen auf allen Gebieten. Die neue Zeit, die verheißungsvoll angebrochen ist, verlangt ein starkes Geschlecht, das weiß, was die Stunde gebietet und bereit ist, für seine Sache einzustehen. Schwer droht noch immer die Gefahr im Westen von einer gewaltigen Uebermacht. Jetzt muß auch der letzte Arbeiter wissen, daß er nicht etwas, sondern vieles zu verlieren hat, daß es nunmehr erst recht gilt, das werdende Vaterland der Arbeiter, das freie demokratische Deutschland zu retten.“

Die finnische Königswahl.

(W) Nach einer geheimen Sitzung, welche von 1 Uhr mittags mit kurzen Unterbrechungen bis 9 Uhr abends dauerte, schritt der Landtag auf Grund des § 38 der Verfassung von 1772 zur Königswahl. Die Wahl erfolgte durch Affirmation, indem sich die Abgeordneten von den Sigen erhoben. Die Agrarier und einige wenige Republikaner befanden sich Sigenbleiben, daß sie an der Wahl nicht teilnehmen. Durch diesen Beschluß des Landtages ist Prinz Friedrich Karl von Hessen zum König von Finnland gewählt und die Thronfolge seiner Nachkommen festgestellt. Das Landtagspräsidium wurde beauftragt, die sich aus dem Beschluß ergebenden Maßnahmen zu treffen. — Wolff bemerkt hierzu: Es bedarf keiner Frage, daß die deutsche Regierung weder auf die Wahl, noch auf deren Zeitpunkt Einfluß gehabt hat. Sie ist eine rein finnische Angelegenheit, die erledigt wurde, ohne Deutschland oder andere Mächte zu befragen.

Ehren-Casel.

Nicht Kameraden vom Tode errettet.
Am 11. d. M., nachts um 11 Uhr, auf seiner Majestät Torpedoboot, im Nigahischen Meerbusen auf eine Mine, die zwischen dem vorderen und hinteren Wohnraum lag. Das Bootschiff war nach vorn heruntergebrochen und lag etwa bis zum Vorderrumpf des vorderen Mannschiffsraums unter Wasser.

Bei dem Unfall war der Torpedoschwermann Triewer auf der Brücke. Da er in den Mannschiffsräumen noch Leute vermutete, eilte er nach vorn, um zu retten, was noch zu retten war. Zunächst schickte er drei im Wasser liegende Leute aus dem Wasser, das eine Temperatur von 11 Grad Celsius hatte. Die Türen zu den Wohnräumen waren infolge der Detonation derart verbogen und verstell, daß sie sich nicht öffnen ließen. Die einzige Möglichkeit blieb der auf der Brücke befindliche Notausgang. Nach diesen Anstrengungen gelang es L., diesen zu öffnen und sich in den Raum hineingeleiten zu lassen. Die Beleuchtung war ausgefallen. Mit Hilfe der Taschenlampe sah er, daß der Raum vollkommen verwüstet war, der Boden aufgerissen, daß Kisten, Koffer, Koffer und Koffer durchschießen waren und zum Teil die Leute unter sich begraben hatten. Das Wasser stand bereits so hoch, daß die Leute sämtlich im Wasser lagen.

Als erster fand L. den Torpedo-Obermatrosen Brandt. Dieser hing bewegungslos mit einem Bein an einem an der Decke befindlichen Kleiderhaken, den Kopf nach unten, bis an die Hüften im Wasser. L. befreite Brandt teils schwimmend, teils auf Trümmern stehend und brachte ihn nach oben. Das Wasser war unterdessen aufsteigend geworden und stand schon bis an die untere Kniehöhe. Zu sehen war von den unten befindlichen Leuten nichts mehr, es war nur zuweilen ein Stöhnen zu hören. Nach einigem Suchen und Fühlen mit den Händen fand L. den Torpedo-Obermatrosen Höwener. Dieser war zwischen zwei Kisten eingeklemmt und, da er bewegungslos war, bewegungsunfähig. Nach längerem Bemühen gelang es aber auch, ihn in Sicherheit zu bringen. Nun wurden fünf Leute, die unter den von oben gekommenen Kisten und Kisten lagen und sich nicht bewegen konnten, befreit. Obwohl in dem Raum nur noch soviel Platz war, daß man zwischen Decke und Wasseroberfläche noch atmen konnte, schwamm Triewer von Kiste zu Kiste; er fand schließlich den Torpedo-Obermatrosen Weiser, der zwischen zwei Kisten eingeklemmt einen halben Meter unter Wasser lag. L. tauchte und holte Weiser heraus. In diesem Augenblick erfolgte eine zweite Minenexplosion. Das Bootschiff kenterte sich, so daß das Wasser nunmehr durch den Notausgang von oben in den Raum flutete und diesen im Augenblick ganz unter Wasser setzte. Trotzdem gelang es Triewer, sich mit L. an den Notausgang zu arbeiten und nach oben zu schieben. So rettete L. unter eigener Lebensgefahr acht Leute vom sicheren Tode.

Aus aller Welt.

Der „Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen“ hielt am 2. Oktober in Berlin seine Gesamtvorstandssitzung ab, zu der sich zahlreiche Vertreter der Bundeshauptvereine aus Nord und Süd zusammengefunden hatten. Im Mittelpunkt der anregenden Verhandlungen stand ein von dem Vorsitzenden D. Otto Everling begründeter Antrag des Bundespräsidiums, eine neue Mobilmachung des Evangelischen Bundes zur Stärkung des Willens und der Zuversicht in unserem Volke anzubahnen. In der ersten Stunde, in der es gilt, alle geistigen und sittlichen Kräfte in den Dienst des Kriegsweteranen und im Dienste des Vaterlandes zu stellen, ging die einstimmige Stimmung aller Anwesenden dahin, wieder, wie schon im Jahre 1914, die ganze Förderung des Bundes mit seinen mehr als 3000 Zweigvereinen und seinen Hunderttausenden von Mitgliedern in den Dienst des vaterländischen Glaubens zu stellen. Den Haupt- und Zweigvereinen des Bundes werden bestimmte Maßnahmen anempfohlen und Richtlinien für diese Arbeit gegeben werden. Der Evangelische Bund will in Wort und Schrift alles tun, um deutsche Kraft und deutschen Mut und starkes Vertrauen im Volke zu erhalten und zu wehren. Nach anregendem erstem Austausch der Erfahrungen, an dem sich Männer aller Bünde und aus allen deutschen Stämmen lebhaft beteiligten, wurde einstimmig eine dahingehende Kundgebung beschlossen.

Der Rettungsdienst mit der roten Tafel. Vor einigen Tagen kehrten mehrere Frauen von einer Sammlerfahrt aus Ostpreußen nach Wilhelmshaven zurück. Erleichtert atmeten sie auf, als sie im Zuge saßen, hofften sie doch, nun ungehindert mit ihrer großen Beute die Heimatstadt zu erreichen. Da steigt plötzlich ein Wächtermeister, den die metallene Platte als Hilfsgegendarmen kennzeichnet, ins Abteil. „Gepäck vorzeigen!“ Bald hat sich eine stattliche Menge beschlagener Lebensmittel angeammelt, und schon geht das Protokollieren los, als der Zugführer auf der Wildfläche erscheint. „Geben Sie die Erlaubnis über den Auftrag, die Güter zu kontrollieren?“ — „Nein!“ — „Sind Sie im Besitze einer Fahrkarte?“ — „Nein!“ — „Dann muß ich Sie erlauben, schleunigst den Zug zu verlassen! Hier habe ich die Polizeigewalt und lasse mir von niemand ins Handwerk pfuschen. Kontrolliert wird hier nicht!“ — „Schneller, als er gekommen, verschwand der allzu dienstfertige. Ein Denkmal aber, dauernder als Erz und Marmorstein, errichteten die dankbaren, aus tiefer Not befreiten Frauen dem Rettungsdienst mit der roten Tafel in ihrem Herzen.

Die nachsichtige J. G. G. Für einen Fabrikanten in Pforzheim, der auf einer Geschäftsreise in der Ukraine gewesen war, traf eine große Sendung ein, die als „persönliche Effekten, Bücher usw.“ bezeichnet war. Die Sendung wurde geöffnet, und als ihr Inhalt ergab sich: ein Schin-



Statt besonderer Anzeige.

Plötzlich und unerwartet starb heute abend 8 Uhr unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der

Dreschmaschinenbesitzer

Heinrich Bleidick

im Alter von 65 Jahren.

Allen Freunden und Verwandten zur Nachricht.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Bleidick.

Unna, den 9. Oktober 1918.

2466

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. Oktober, nachmittags 2 Uhr, vom Sterbehause Nordstr. 5, aus statt.

ten, 272 Kilo Mehl, 176 Kilo Zucker, eine Kiste Eier, eine Kiste Seife, 82 Kilo Hirse und 16 Kilo Erbsen. Der Kommunalverband beschloß, die Sendung. Zwei Tage darauf kam jedoch ein Telegramm von der Zentral-Einkaufsgesellschaft und ordnete die Freigabe an. Diese mußte denn auch erfolgen, jedoch nicht, ohne daß der Vorsitzende des Kommunalverbandes den Empfänger betrogen hätte, auf 120 Kilo Mehl und 76 Kilo Zucker zugunsten der Kasse, des Kriegskinderhorts, des Waisenhauses und des Kinderkrankenheims Silesia zu verzichten. Und allgemein fragt man sich erstaunt, warum ist die J. G. G. in diesem Falle so nachsichtig? Sie beschloß, nicht nur unerbittlich jede Kleinigkeit, die ohne ihr Zutun über die Grenze kommt. Warum ließ sie eine so umfangreiche Ausnahme zu?

Überführung der Viehhandelsverbände an Stadtverwaltungen usw. Auf Veranlassung des Deutschen Städtebundes und des Fleischer-Gewerbes haben sich die Viehhandelsverbände veranlaßt gesehen, ihre Lieberhülle nunmehr auch Stadtverwaltungen für die Zwecke der allgemeinen Versorgung mit Vieh und Fleisch zur Verfügung zu stellen. Es ist dies im Hinblick auf die zunehmenden Schlachthof-Defizite von der größten Bedeutung. In der Tat waren den Städten schon ziemlich bedeutende Zuschüsse zur Errichtung von Geflügelhäusern aus den Lieberhüllen der Viehhandelsverbände überwiesen worden. Nun sollen die Lieberhülle allgemein für derartige und ähnliche Zwecke Verwendung finden.

Ein schamloses Frauenzimmer ist die Ehefrau eines in der Stadt wohnenden Landwirts aus Voltersdorf in Hannover, Mutter von drei kleinen Kindern. Sie ist mit einem bei ihr beschäftigten kriegsgefangenen Russen unter Mithilfe einer bedeutenden Summe Geldes durchgebrannt. Die Frau wurde durch eine Kartenlegerin in Salzweil begünstigt.

Ein Schinken als Jagdbeute. Besonders günstig ist in diesen Tagen eine Jagdbeute auf Gostler Jagdrevier verlaufen, denn bei ihr wurden 36 Hühner und — ein fastiger Schweinefänger — zur Strecke gebracht. Der Hund des Jagdbüchters hatte die jellene Beute in einem Gebüsch entdeckt. Wie der Schinken dorthin gekommen sein mag, das bedarf noch der Aufklärung.

Ein gefährlicher Unfall hat sich in Burg zugetragen. Die bei dem Unterrichter Dr. Franke bedienstete Jda Fuchs wollte einen Nagel einschlagen und benutzte dazu einen Granatzünder. Dieser explodierte und richtete das Mädchen dermaßen zu, daß es nach einer Stunde starb.

Gewinn-Auszug

12. Preussisch-Süddeutschen

(238. Königlich-Preuss.) Klassen-Lotterie

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lotte gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

4. Klasse	1. Ziehungstag	8. Oktober 1918
2 Gewinne zu 100000 M	209995	
2 Gewinne zu 50000 M	81709	
2 Gewinne zu 30000 M	49881 119951	
14 Gewinne zu 10000 M	17826 73654 76555 76756	
09915 136104 208881		
25 Gewinne zu 5000 M	5282 19254 52701 67254	
84424 111055 131311 131847 139947 176704 179598		
196528 209392		
70 Gewinne zu 4000 M	2217 10203 11189 11722	
17920 25867 26365 32990 33617 33418 42529 60241		
62010 78026 78007 84892 84912 84985 85453 89456		
110728 110941 120133 127055 139287 136303 137424		
142642 151898 156291 179278 184901 193640 220034		
228022		

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über

2 Gewinne zu 40000 M <th>34495</th>	34495
2 Gewinne zu 20000 M	34820
2 Gewinne zu 10000 M	41523
2 Gewinne zu 5000 M	29447
10 Gewinne zu 1000 M	49190 49476 93057 206533
173128	
22 Gewinne zu 500 M	92776 95005 109970 107002
142112 144389 148393 168804 176094 189883 196278	
20210 26026 26787 24912 24985 25453 26455	
57925 62154 64249 68325 77713 78372 87399 93769	
95289 100302 101324 101489 102508 104555 104500	
100819 115495 115870 115918 117090 127190 131588	
132089 150991 165924 171415 187374 194367 200782	
202451 205701 211783 215541 222076 223247	

Kriegsfrauenbund Kamen.

Sonntag, den 13. Oktober,
nachmittags 5 Uhr,
im Schützenhof zu Kamen

Hermann Löns- Abend

unter Teilnahme der Verwundeten der
Lazarette Kamen, Kurl und Berne.

Vortragender: Herr Dr. Castelle-Münster.

Regitationen über Dichtungen von Hermann Löns.

Programme à 1.50 Mk., die zum Eintritt
berechtigen, sind in der Buchhandlung der
Kamener Zeitung zu haben.

Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein
Der Vorstand.

2442

Sinten, hab. ind. Buchh.
Kamener Zeitung.

Heute morgen 6 Uhr entschlief
sanft nach kurzem Leiden unser liebes
Töchterchen und Schwestertchen

Lina

im Alter von 9 Monaten.

Um stille Teilnahme bitten im Namen
der trauernden Hinterbliebenen:

H. Wiesmann und Frau
nebst Kindern.

Overberge, den 9. Okt. 1918.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 12.
Oktober, nachmittags 1/2 5 Uhr, vom Sterbehause
aus statt.

2462

Trauer-Briefe

und andere Trauer-Drucksachen

werden sofort nach
Bestellung angefertigt.

Kamener Zeitung G. m. b. H.

Geschäftsstelle: Weststraße 10.
Druckerel: Unnaer Straße 163.

Baufräule od. Mädchen

sofort gesucht. 242

Frau Ww. Slirringhaus.

Einen Morgen

Ackerland,

einen Garten u. eine

Wiese oder Weide

zu kaufen oder pachten

geucht. 2422

Näheres in der Ge-
schäftsstelle.

Wer ein

Haus, Kotten,
Grundstück,
Bauplatz

und dergl. zu kaufen

oder zu verkaufen sucht,

wird es durch eine kleine

Anzeige in der Kamener

Zeitung erreichen.

Ausserordentlich zahl-

reich sind die Angebote,

welche auf eine solche

Anzeige stets eingehen.

Stedrüben - Verkauf

Seil.

Montag, d. 14.

b. Mts., nachm. 4 1/2

Uhr, verkaufe ich für

Herrn Landwirt Goffelle

in Heil.

2 1/2 Morgen gut ge-

ratene Stedrüben,

an der Kreisstraße, in

der Nähe des Hofes,

öffentlich nummernweise

gegen bar oder Kredit

bis zur Ernte.

Heil. 2429

Lh. Brüggemann,

Auktator.

Gaotbeize

„Aspulun“

zur Vernichtung aller

dem Saatgut schädlichen

Pilzkeime.

Zu haben bei 2460

Arnold Biemer.

Ein- oder Zwei-Familienhaus.

möglichst im Süden der Stadt, in

der Nähe der elektrischen Straßen-

bahn nach Unna, zu kaufen gesucht.

Schriftliche Angebote durch die Geschäftsstelle

dieser Zeitung unter 2444 erbeten.

2444

Bekanntmachung.

Umsatztsteuer auf Luxusgegenstände.

Das Umsatzsteuergesetz vom 26. 7. 1918 ist

gemäß § 42 am 1. August d. Js. in Kraft

getreten.

Im Falle des § 8 (Lieferung von Luxus-

gegenständen im Kleinhandel) findet nach § 16

die Berechnung der Steuer nach Ablauf jedes

Monats statt. Im § 7 Absatz 1 hat der

Steuerpflichtige der Steuerfeste innerhalb

eines Monats nach Ablauf des Steuerabgabens

eine Erklärung über den Gesamtbetrag der von

ihm (für Luxusgegenstände) vereinnahmten Ein-

gelte abzugeben.

Die Erklärung für den Steuerabgabens-
September ist demnach innerhalb des Monats

Oktober d. Js. abzugeben.

Bordrude für die Erklärungen können

kostenlos beim Umsatzsteueramt, Zimmer 16 im

Rathause, in Empfang genommen werden.

Zugestellt werden sie ohne Antrag nicht.

Gemäß § 17 Absatz 5 des Gesetzes kann

dem Steuerpflichtigen, der die Erklärung nicht

rechtzeitig abgibt, ein Zuschlag bis zu 10 vom

Hundert der festgestellten Steuer auferlegt

werden.

Kamen, den 9. Oktober 1918.

Der Magistrat: Moeninghoff.